

11.10.2018

AfD will Ehe für alle wieder verbieten Frontalangriff auf Emanzipations- und Gleichstellungserfolge

*Die AfD will die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare wieder abschaffen und hat einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht. Dieser wird heute im Bundestag in erster Lesung diskutiert. Dazu erklärt **Stefanie Schmidt, Mitglied im Bundesvorstand des Lesben- und Schwulenverband (LSVD)**:*

Mit ihrem Gesetzentwurf will die AfD ein Programm zur Entrechtung der lesbischen Bürgerinnen und schwulen Bürger starten. Das sollte auch den Letzten die Augen öffnen, die die AfD noch für eine „normale Partei“ halten. Für den Lesben- und Schwulenverband (LSVD) ist schon lange klar, dass gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt wahrlich nicht zur Leitkultur der AfD gehören. Ihre Familien-, Bildungs- und Gleichstellungspolitik ist ein Frontalangriff auf Emanzipations- und Gleichstellungserfolge [<https://www.lsvd.de/de/ct/426-die-homophobie-der-afd-eine- unberechenbare-alternative>] .

Dazu will sie mit einer vorgeschobenen und absolut dünnen verfassungsrechtlichen Begründung gleichgeschlechtlichen Paaren wieder die Ehe zu verbieten. Die AfD will spalten und ausgrenzen und sich nicht damit abfinden, dass für die große Mehrheit in diesem Land längst gilt: Nicht das Geschlecht, sondern Liebe, Zusammenhalt und das Versprechen, in guten wie in schlechten Zeiten füreinander da zu sein, machen das Eheverständnis aus.

Die Eheöffnung wurde 2017 mit einer sehr großen Mehrheit und Stimmen aus allen damals im Parlament vertretenen Parteien verabschiedet. [<https://www.lsvd.de/de/ct/431-ehe-fuer-alle-in-deutschland-30-jahre-kampf-fuer-die-gleichgeschlechtliche-ehe>] Inzwischen hat auch die CSU ihren Frieden mit der Entscheidung gemacht. Die beiden von der bayerischen Staatsregierung nach der Eheöffnung in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten folgen der Argumentation des LSVD, dass die Ehe für alle im Einklang mit Artikel 6 des Grundgesetzes steht. Folglich war für das Ende der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare durch die Eheöffnung auch keine Grundgesetzänderung notwendig.

Weiterlesen

- Ehe für Alle - eine Chronik. 30 Jahre Kampf für Gleichstellung [<https://www.lsvd.de/de/ct/431-ehe-fuer-alle-in-deutschland-30-jahre-kampf-fuer-die-gleichgeschlechtliche-ehe>]
- Fragen und Antworten zur Öffnung der Ehe [<https://www.lsvd.de/de/ct/1340-oeffnung-der-ehe-fuer-gleichgeschlechtliche-paare-fragen-und-antworten>]
- „Demo für Alle“ - Rechtskonservative Kampfbegriffe und Akteur*innen: Beatrix von Storch, Birgit Kelle und Hedwig Beverfoerde [<https://www.lsvd.de/de/ct/652--demo-fuer-alle-rechtskonservative-kampfbegriffe-und-akteur-innen>]

Bundespressestelle

Almstadtstr. 7
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778
Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: presse@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de

Pressemitteilung



- Die Homophobie der AfD - eine unberechenbare Alternative: LSVD-Dossier zur Bundestagswahl 2017 wertet Partei- und Wahlprogramm aus [<https://www.lsvd.de/de/ct/426-die-homophobie-der-afd-eine-unberechenbare-alternative>]

Der Lesben-und Schwulenverband (LSVD) ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).

Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.